

Land-Beritung.

Zweimdreißigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenzeit oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsen Anzeigenstellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen.

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich 2.50 M., bei zweimonatlicher Bezahlung 2.75 M., durch die Post 3 M., monatlich 3 M.,

Bestellungen werden von allen Bezugsstellen angenommen.

Dr. Ernst Schulze in Halle.

[Zersprechverbindung Nr. 176.]

Nr. 595.

Halle a. d. Saale, Mittwoch den 21. Dezember

1898.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

Berlin, 20. Dez. Zur gestrigen Frühstücksstunde bei den Majestäten war, wie aus Botstamb gemeldet wird, Begleitungsmitglied von der Großen Gendarm. Nachmittags unternahm der Kaiser einen Spaziergang. Zur geliebten Abendstunde hatte der englische Botschafter Sir Bruce Ogden eine Einladung erhalten.

Während der Kaiser erwidelt hat, dass er sich für die Besichtigung der Ausstellung im Wintergarten interessiert. Die Besichtigung der Ausstellung im Wintergarten ist bereits mit einem Auftrage zur Herstellung der Pläne beauftragt worden.

Wie nach dem „B. Z.“ aus Kassel verlautet, war das von einigen Wochen angeordnete Verbot, das Verbot des Eintrags in die Kassen der Eisenbahnen, durch die Eisenbahnen zurückzuführen, durch die Eisenbahnen zurückzuführen, durch die Eisenbahnen zurückzuführen.

Der Kaiserminister Dr. Hoffe wurde das Großkreuz des Ordens des Roten Adlers verliehen.

Der Fall Delbrück.

Die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den Professor Hans Delbrück hat bis jetzt nur wenige Verteidiger gefunden; nur die Blätter, die eine solche Maßregel verlangt hatten, werden sie selbstverständlich billigen.

Wir haben die Auslegungen des politischen Sonderlings Hans Delbrück entworfen, aber wir können nicht unter lebhaftem Bedauern darüber aussprechen, dass man sich zu dem Willkür verhalten ließ, sie zum Gegenstand eines Disziplinarverfahrens zu machen.

Sogar die „Post“ ist unerschrocken, ob das Vergehen gegen den Herausgeber der „Preussischen Jahrbücher“ politisch hing in die „Kriegs“ ist, mit der Verfolgung Delbrücks notwendig einzuwenden, für sie gilt immer noch als Maßstab das Wort des alten von Thadden-Stralau: „Preusserei und den Galgen daneben!“

der Regierung, hält aber das Vorgehen der Regierung gegen Delbrück für gänzlich verfehlt und behauptet es, daß die Regierung sich in dieser Beziehung hat überlassen lassen.

Die „Weltztg.“ erinnert sehr getreulich an die Rede, die der Kultusminister Dr. Hoffe am 12. Dez. 1897, also vor gerade einem Jahre hielt — über die Freiheit des Geistes.

„Wenig legitim ist ich in dieser Gesellschaft? In meinem Ministerpostentwurf und in meinem Beamtentitel liegt die Legitimation nicht, aber sie liegt in der freien Arbeit des Geistes.“

In parlamentarischen Kreisen will man übrigens wissen, der Reichskanzler und preussische Ministerpräsident sei in der Staatsministerkonferenz, in der die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen Prof. Delbrück beschlossen wurde, nicht anwesend gewesen.

Das deutsche Schulwesen im Auslande.

Der Förderung des deutschen Schulwesens im Auslande nimmt sich das Reich mit wachsendem Interesse an. Schon im laufenden Jahre wurde der für den gedachten Zweck im Etat des auswärtigen Amtes ausgeworfene Fonds von 40,000 M. auf 150,000 M. erhöht.

Deutschland und Amerika.

Gegenüber der gestern aus Washington gekommenen Meldung über Anträge wegen der Unterzeichnung gewisser Einfuhrprodukte weist die „Nordd.“ darauf hin, daß Graf Bismarck in der Reichstagsagung vom 12. Dezember folgendes erklärte:

„Es ist auch ferner die amerikanische Forderung einsehbar erwünscht. Ich hoffe, meine Herren, daß allen Zweifeln in dieser Beziehung durch ein Reichsgesetz begegnet werden wird, das die Bedingungen, unter denen Fleisch eingeführt werden kann, allgemein regelt und uns dadurch vollkommen befriedigt.“

Parlamentarisch.

„Der Bunderrats“ erstellte in seiner gestrigen Plenarsitzung einen Antrag, bez. die geschäftliche Behandlung einer Denkschrift über die Schutzgebiete, die Zustimmung, denselben dem Reichspräsidenten zu überreichen.

betr. Verhandlungen der Kommission für Arbeiterstatistik und betr. die Verhandlungsergebnisse der Versammlungskommission für 1897, wurde Kenntnis genommen und über einige Modifikationen des Reichstags, sowie über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

Die königliche Verordnung, die den preussischen Landtag am 16. Januar 1899 nach Berlin einberuft, wird heute im „Staatsanzeiger“ veröffentlicht.

Lieber die Frage, ob dem Landtage eine neue Verlesung erteilt werden soll, dürfte erst in einigen Wochen einigartig Beschluß gefaßt werden.

Verwaltung und Rechtspflege.

Die Aufhebung der Wasserbauverwaltung an das Landwirtschaftsministerium ist, nach einer Mitteilung, im „Hamb. Correip.“ in dem nächsten preussischen Etat noch nicht vorgesehen.

Willeitler erleichtert oder entlastet, so schreibt der bekannte Mitarbeiter des „Hamb. Correip.“, diese Entscheidung über die Kanalverträge die nicht bleibende prinzipielle Frage.

Die „Germania“ verlangt eine „schwere Mühe“ für den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Herrn Kesse, weil er in der Abwesenheit Einladungen zu einem Ball fest erlassen und dadurch eine große Zahl von Katholiken verurteilt hat.

Soziale Angelegenheiten.

Das Deutsche Centralcomitee zur Errichtung von Hospitälern für Ungenannte, das unter dem Protektorat der Kaiserin und dem Ehrenvorsitz des Reichskanzlers vor drei Jahren ins Leben trat, blüht auf eine erfolgreiche Tätigkeit auf.





